

V-6

Antragsteller*innen: LAG Demokratie u.a.

Gegenstand: TOP 13: Sonstige Anträge und Resolutionen

FREIHEIT IM HERZEN – SICHERHEIT IM BLICK

1 Wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Auf dieses Selbstverständnis grün-
2 den wir unseren Begriff von Freiheit: Die Freiheit, ein selbstbestimmtes Leben zu füh-
3 ren. Chancengleichheit, Diskriminierungsfreiheit, Pressefreiheit, der Schutz von Privat-
4 sphäre, aber auch die Freiheit, sich sicher bewegen zu können, zählen zu den Grundbe-
5 dingungen einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Und sie sind keine Selbstver-
6 ständlichkeit. Wir müssen und werden unsere Grundrechte gegen antidemokratische Be-
7 strebungen verteidigen. Wir stehen für einen starken, demokratischen Rechtsstaat, der vor
8 Kriminalität, Gewalt und Terror schützt und der den Bürger*innen- und Menschenrechten
9 verpflichtet ist.

10 Denn über Freiheit reden heißt auch immer, über das Verhältnis zwischen den
11 Bürger*innen und dem Staat zu reden. Dabei gilt es, die Freiheitsrechte ge-
12 gen unverhältnismäßige Eingriffe des Staates zu schützen. Wir Grüne stehen für
13 eine grundrechtsorientierte Innen- und Sicherheitspolitik. Wir leben in einem der sichers-
14 ten Staaten der Welt, in dem zugleich die Freiheit des Einzelnen so gering wie möglich
15 eingeschränkt wird. Unser Ziel ist es, diese Balance zu erhalten und Einschränkungen nur
16 insoweit zuzulassen, als dies zur Abwehr tatsächlich gestiegener Gefahren und zur Anpas-
17 sung an die technischen Veränderungen unabdingbar ist. Die Balance im Spannungsfeld
18 zwischen Freiheit und Sicherheit zu halten, ist daher unsere Aufgabe in Regierungsverant-
19 wortung. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten nach dem Ende des National-
20 sozialismus sehr genau, was sie mit den Grundrechten sichern wollten und was nie wieder
21 passieren sollte. Wir werden diese Grundrechte weiterhin entschieden verteidigen und für
22 sie einstehen.

23 Denn: Wer sich sicher weiß – ob auf der Straße oder im Internet – kann frei leben: Die
24 eigene Meinung sagen. Ohne Angst hingehen, wo man will. Sicher sein, dass die Whatsapp-
25 Nachricht wirklich privat ist.

26

27

28 **Bürger*innenrechte bewahren**

29 Die Grund- und Bürgerrechte geraten immer wieder unter Druck. Nach Anschlägen werden
30 regelmäßig Forderungen laut, die auf schärfere Sicherheitsgesetze abzielen. Dadurch wird
31 die Tür zum Überwachungsstaat immer weiter geöffnet.

32 Deutschland hat schon starke Gesetze zur Gefahrenabwehr, die gegen islamistische Ge-
33 fährder und Rechtsterrorismus entschlossener und konsequenter angewendet werden
34 müssen. Immer schärfere Gesetze führen nicht automatisch zu mehr Sicherheit. Wir prüfen
35 daher alle Maßnahmen auf Verhältnismäßigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Wirksamkeit. Aber
36 das Recht auf Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung landen
37 mit uns nicht auf der Resterampe.

38 Wir setzen uns daher für einen weitreichenden Schutz des Telekommunikationsgeheim-
39 nisses ein. Die Vorratsdatenspeicherung und die Verwendung von Vorratsdaten lehnen wir
40 deswegen grundsätzlich ab. Die anlasslose sowie massenhafte Speicherung individueller
41 Telekommunikationsverkehrsdaten ist ein tiefer Eingriff in die Grundrechte und stellt al-
42 le Bürger*innen unter einen unzulässigen Generalverdacht. Auch der Anwendungsbereich
43 der Telekommunikationsüberwachung und Quellen-TKÜ (Überwachung von Kommunika-
44 tion bzw. Daten auf Computern durch den Einsatz von Trojanersoftware) muss sehr eng
45 begrenzt bleiben. Wir halten den Einsatz der Quellen-TKÜ für problematisch, da er immer
46 bedeutet, dass die Sicherheitsbehörden gezielt Kenntnis von IT-Sicherheitslücken erlan-
47 gen müssen (häufig durch Einkauf auf dem Schwarzmarkt) und kein Interesse daran haben,
48 diese zu schließen.

49 Im digitalen Zeitalter hat das sogenannte „IT-Grundrecht“ auf Vertraulichkeit und Integri-
50 tät informationstechnischer Systeme eine hohe Bedeutung für die individuelle Freiheit.
51 Wir hinterlassen täglich eine Unmenge an Datenspuren. Es ist daher möglich, durch Aus-
52 wertung der Systeme umfassende Persönlichkeitsbilder zu zeichnen. Aus diesem Grund
53 stellen wir uns gegen die Online-Durchsuchung (Durchsuchung der auf einem Gerät ge-
54 speicherten Daten durch den Einsatz von Trojanersoftware).

55 Aktuell ist auch die Freiheit in Gefahr, sich in der Öffentlichkeit anonym zu bewegen. Ex-
56 perimente wie gesichtserkennende Videoüberwachung und die Nutzung von Mautdaten
57 zur Strafverfolgung sind erste Schritte zu einer dauerhaften Kontrolle, wo sich einzelne
58 Personen aufhalten und mit wem sie Kontakt haben. Wir lehnen diese Maßnahmen daher
59 ab. Ein vermeintliches Mehr an Sicherheit darf nicht immer mit einem Weniger an Freiheit
60 und Privatsphäre verbunden sein.

61

62 **Sicherheitsbehörden stärken**

63 Baden-Württemberg ist eines der sichersten Bundesländer in Deutschland. Hierfür leis-
64 ten unsere Polizistinnen und Polizisten täglich hervorragende Arbeit. Damit dies so bleibt,
65 brauchen wir gut ausgestattete Polizei- und Sicherheitsbehörden – sowohl im personellen
66 Bereich als auch bei der technischen Ausstattung. Gut ausgebildete Polizeibeamt*innen in
67 ausreichender Zahl sind die Grundlage für eine bürgerorientierte Polizei, die nahe an und
68 gemeinsam mit den Bürger*innen Garant für die innere Sicherheit in einem demokrati-
69 schen Rechtsstaat ist. Dazu brauchen wir insbesondere auch eine hohe Kompetenz im
70 Bereich der Cyber-Sicherheit.

71 Um die operative Arbeit unserer Polizei zu stärken, müssen wir zudem weitere Maß-
72 nahmen zur Entlastung ergreifen. Dies fängt bei der Verstärkung der Polizei durch
73 Nichtvollzugs-Personal an, geht über die Rückführung von Vollzugspersonal in Vollzugs-
74 aufgaben bis hin zum Abbau von Aufgaben von polizeifremden Tätigkeiten. Insbesondere
75 der Einsatz von Einsatz- und Ermittlungsassistent*innen für administrative Aufgaben (z.B.
76 Datenpflege, Aktenaufbau usw.) lässt eine Entlastung des Vollzugsdienstes erwarten.

77 Im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung war die Stärkung der Sicherheitsbehörden und
78 der Prävention ein wichtiger Schritt. Die Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds
79 oder der Fall Anis Amri zeigen jedoch auch, dass die Auswertung und Weitergabe von
80 Informationen zwischen den Sicherheitsbehörden unzureichend war. Deshalb halten wir
81 es für richtig, dass die Polizei bundesweit über die gleichen Informationssysteme verfügt,
82 um einen technisch reibungslosen Datenaustausch sicherstellen zu können. Auch sollte
83 die polizeiliche Terrorismus-Bekämpfung stärker auf Bundesebene und in Abstimmung mit
84 der EU-Ebene koordiniert werden. Terrorist*innen agieren in vielen Fällen über Grenzen
85 hinweg. Deswegen halten wir es für nötig, Europol bei der Terrorismusbekämpfung zu
86 stärken.

87

88 **Prävention ausbauen**

89 Ein wichtiger Schlüssel für innere Sicherheit ist Prävention. Wir müssen alles dafür tun, da-
90 mit junge Menschen nicht in menschenverachtende Gewalt und hasspropagierende Ideo-
91 logien abgleiten. Radikalisierung muss dort bekämpft werden, wo sie entsteht. Gleichzeitig
92 muss Identifikation mit der freien, toleranten und vielfältigen Gesellschaft unterstützt wer-
93 den, die Diskriminierungen aus rassistischen Gründen, aufgrund der Herkunft, der Religion
94 oder Weltanschauung oder sexuellen Identität klar entgegentritt.

95 Sicherheitsbehörden müssen weiterhin intensiv mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu-
96 sammenarbeiten. Auch eine stärkere Beteiligung von Moscheegemeinden und insbeson-
97 dere Imamen ist wichtig, um einen Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikali-
98 sierung von Jugendlichen zu leisten.

99 In Baden-Württemberg ist das Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetz-
100 werks gegen Extremismus in Baden-Württemberg (KPEBW) eine zentrale Anlaufstelle, die
101 schon unter Grün-Rot initiiert wurde. Die Arbeit des KPEBW – insbesondere im Bereich Is-
102 lamismus und Rechtsextremismus – wollen wir weiter unterstützen. Wir fordern, ein bun-
103 desweites Präventionszentrum zu schaffen, das die Arbeit von Bund, Ländern und Kom-
104 munen sowie Zivilgesellschaft vernetzt und koordiniert.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antragsteller*innen

LAG Demokratie, Recht und Innere Sicherheit, LAG Medien- und Netzpolitik